



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 12.10.2007

Konkrete Terrorgefahr ***Sofortige Entscheidungen sind angesagt!!***

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Ankündigungen des Innenministers in der gestrigen Debatte im Landtag zur Kenntnis genommen. Aus der Sicht der GdP sind dazu einige Klarstellungen bzw. Richtigstellungen erforderlich. Bisher sind alle Ankündigungen zur Verbesserung der Personalsituation der Polizei vage Versprechungen. Keine einzige der immer wieder zu hörenden Vorschläge wie die Beendigung des Personalabbaus im sog. Nichtvollzugsdienst oder die Schaffung eines Einstellungskorridors und die jetzige Meldung über die Schaffung von jährlich 200 neuen Stellen von 2008 bis 2012 sind irgendwo abgesichert. In der öffentlichen Debatte wird aber der Eindruck vermittelt, es sei alles schon so entschieden.

Geradezu grotesk ist die Behauptung des Innenministers, dass im Falle eines Stopps des Stellenabbaus in Nichtvollzugsdienst 400 Stellen mehr zur Verfügung stünden. Wenn von 785 Stellen ca. 400 Stellen nicht abgebaut würden, dann sind das immer noch 385 Stellen weniger. Von „Mehr“ kann also gar keine Rede sein. Und wie man 200 Neustellen schaffen will, wenn man gleichzeitig 285 Stellen pro Jahr streicht, das ist nicht ganz einfach nachvollziehbar und ergibt im Saldo dann immer noch ein Minus.

Im Gegensatz zu anderen Bereichen fordert die Kooperation der baden-württembergischen Polizeigewerkschaften lediglich den Erhalt der vorhandenen Stellen. Das muss auch unser Finanzminister zur Kenntnis nehmen, wenn er „Brandbriefe“ an seine Ministerkolleginnen/-kollegen schreibt.

„Wenn Innenminister Rech dem Landtag mitteilt, dass die Terrorgefahr bei uns nicht mehr abstrakt sondern konkret sei, dann aber keinerlei konkrete Maßnahmen zur Bewältigung dieser Gefahr vorschlägt, dann muss man sich leider fragen, ob tatsächlich erst jemand zu Schaden kommen muss, bevor politisch etwas passiert. Das kann man nicht mit vagen Ankündigungen auf die lange Bank schieben,“ sagte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider heute in Stuttgart.

Schneider weiter: „Online-Durchsuchungen oder sonstige Rechtsänderungen bleiben in unserer Beurteilung zunächst einmal außen vor. Ohne Sofortmaßnahmen zugunsten der Personalstärke der Polizei, wird man einer konkreten Terrorgefahr nicht standhalten können. Das will ich an dieser Stelle nochmals deutlich anmerken.“

Die GdP wird im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Gewerkschaften in der Kooperation baden-württembergischer Polizeigewerkschaften an den aufgestellten nachfolgend nochmals dargestellten Forderungen festhalten:

Bestandsaufnahme

Wir fordern die Landesregierung zu einer realistischen Bestandsaufnahme auf. In dieser Bestandsaufnahme muss die gesamte Sicherheitslage - von der aktuellen terroristischen Bedrohungslage über einzelne Kriminalitätsphänomene, dem tatsächlichen Aufgabenzuwachs bis hin zur Vielzahl von kriminal- und verkehrspräventiven Notwendigkeiten – dargestellt und den dafür notwendigen und tatsächlich verfügbaren polizeilichen Personalkapazitäten gegenüber gestellt werden.

Sicherheitsplan 2007

Als Ergebnis dieser Gesamtschau erwarten wir von der Landesregierung einen „Sicherheitsplan 2007“, oder – wie im CDU-Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2006 bis 2011 von Ministerpräsident Oettinger in Aussicht gestellt – einen „Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg“.

Verzicht auf Stellenstreichungen und Schaffung eines Einstellungskorridors

Es geht jetzt nicht mehr nur um punktuelle „Schönheitskorrekturen“, sondern um eine Kehrtwendung in der Sicherheitspolitik. Wir fordern deshalb als Sofortmaßnahme erheblich verstärkte Neueinstellungen und einen verlässlichen Einstellungskorridor, u.a. durch den Verzicht auf die bereits beschlossenen Stellenstreichungen.

Herausgeber:

**Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf**

Rufnummer für Rückfragen:

Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911